

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2011

Abgeschlossen am 30. Juni 2011 • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Mit der ersten Leitzinssatzerhöhung seit Mai 2009 versucht die EZB im II. Quartal der Inflation entgegenzuwirken. Die EU und der Internationale Währungsfonds beschließen ein Hilfsprogramm für Portugal im Ausmaß von 78 Mrd. € und ein zweites Hilfsprogramm für Griechenland im Ausmaß von 120 Mrd. €. Im Gegenzug verpflichten sich die Länder, umfangreiche Budgetkonsolidierungsprogramme umzusetzen.

13. April: Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems beträgt damit 1,25%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität 2% und der Zinssatz für die Einlagefazilität 0,5%.

2. Mai: Jens Weidemann wird Präsident der Deutschen Bundesbank. Er übernimmt das Amt von Axel Weber.

3. Mai: Kundendaten des japanischen Elektronikkonzerns Sony sind zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen Ziel von Hackerangriffen. Persönliche Daten von über 100 Mio. Benutzern der Spiel-, Video- und Musikdienste sind betroffen.

8. Mai: Die verstaatlichte Hypothekarbank Fannie Mae (USA) weist auch für das I. Quartal 2011 einen Verlust aus (8,7 Mrd. \$). Die Gesamtkosten für die Rettung des Finanzinstitutes seit Ausbruch der Finanzkrise erreichen 100 Mrd. \$¹⁾.

17. Mai: Die Finanzminister der EU-Länder (EcoFin) beschließen ein Hilfspaket für Portugal. Die Kredite im Ausmaß von 78 Mrd. € werden zu je einem Drittel aus der European Financial Stability Facility (EFSF), dem European Financial Stabilisation Mechanism (EFSM) und Mitteln des Internationalen Währungsfonds (IWF) bereitgestellt. Im Gegenzug verpflichten sich die Regierung und die Oppositionsparteien Portugals, das Defizit der öffentlichen Haushalte von 9,1% des BIP im Jahr 2010 auf 3% im Jahr 2013 zu senken. Dazu werden Pensionen gekürzt und eingefroren, die Dauer der Arbeitslosenunterstützung verringert, die Ausgaben für das Gesundheitswesen gesenkt, die Mehrwertsteuer erhöht und Privatisierungen durchgeführt. 15% der Hilfsmittel werden zur Stärkung der Banken benötigt. Hier soll das Kernkapital (Core Tier 1) von derzeit 9% bis Ende 2012 auf 10% erhöht werden. Die staatlichen Bürgschaften für Banken werden von 20 Mrd. € auf 35 Mrd. € aufgestockt.

26.-27. Mai: Das Gipfeltreffen der G 8 (USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada und Russland) findet in Deauville statt. Tunesien und Ägypten wird finanzielle Hilfe von 20 Mrd. \$ zugesagt. Die Finanzmittel werden vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Investitions-

Ausland

EZB: Leitzinssätze

Deutsche Bundesbank

Sony: Kundendaten

Fannie Mae

Portugal: EU-Hilfspaket

G-8-Gipfel: Hilfe für Tunesien und Ägypten

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2008", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(10), S. 758, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/33981>.

bank (EIB) aufgebracht. Die EU wird 1,3 Mrd. € bereitstellen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) soll in Zukunft auch den nordafrikanischen Ländern Finanzhilfe gewähren. Kritisiert wird, dass ein Großteil der international versprochenen Hilfeleistungen in den bereits vorgesehenen Finanzierungsprogrammen von IWF und Weltbank enthalten ist. Die im "Millenniumsziel" zugesagten zusätzlichen Mittel für Afrika, die bis 2010 mit 25 Mrd. \$ veranschlagt waren, wurden nicht einmal zur Hälfte realisiert. Die kernkraftproduzierenden Teilnehmerländer versichern, dass sie schon heute dem sicheren Betrieb von Kernenergieanlagen gebührend Rechnung tragen.

EU, EZB, IWF: Griechenland

3. Juni: Experten der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds ("Troika") stimmen nach einer mehrwöchigen Prüfung des von Griechenland vorgelegten Sanierungsprogrammes der Auszahlung einer weiteren Tranche von 12 Mrd. € des insgesamt 110 Mrd. € umfassenden Hilfsprogrammes zu.

World Economic Forum: Zentralasien und Kaukasus

7.-9. Juni: Die Regionalkonferenz des World Economic Forum (WEF) zu Zentralasien und Kaukasus tagt in Wien. Im Mittelpunkt steht die energiepolitische Bedeutung Osteuropas, Zentralasiens und der Schwarzmeerregion.

Citigroup: Kundendaten

9. Juni: Daten von 200.000 Kreditkartenkunden der Bankengruppe Citigroup (USA) sind von einem Hackerangriff betroffen.

Deutsche Börse: EUREX

Die Deutsche Börse wird durch den Kauf des 50%-Anteils der Schweizer Börse mit 1. Jänner 2012 Alleineigentümer der Terminbörse EUREX.

Island: Icesave-Abkommen

11. Juni: Zum zweiten Mal stimmt die Bevölkerung Islands gegen das Icesave-Schuldenabkommen²⁾.

Afrika: Grand Free Trade Area

15. Juni: In Johannesburg beschließen 26 afrikanische Länder die Gründung der "Grand Free Trade Area", einer Freihandelszone mit einer Ausdehnung von Kairo bis Kapstadt. Bisher waren die Länder in drei Blöcke gegliedert: Southern African Development Community (SADC), East African Community (EAC) und Common Market for Eastern and Southern Africa (Comesa). Die Freihandelszone umfasst Länder mit einer Bevölkerung von 590 Mio. und einem BIP von 860 Mrd. \$.

EFTA und Hongkong: Freihandelsabkommen

21. Juni: Die EFTA und Hongkong schließen ein Freihandelsabkommen ab. Die Regelung tritt am 1. Juli 2012 in Kraft und gilt für den Handel mit Industrieprodukten (einschließlich Fisch und anderen Meeresprodukten) und verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten, den Dienstleistungshandel, die Investitionen, den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum sowie den Bereich Handel und Umwelt.

Internationale Energieagentur: Erdölreserven

23. Juni: Um die Lieferausfälle Libyens infolge der politischen Unruhen zu kompensieren und dem derzeit hohen Erdölpreis entgegenzuwirken, bringen zwölf Mitglieder der Internationalen Energieagentur (IEA) Teile ihrer Erdölreserven auf den Markt. Die OPEC hat sich anlässlich der jüngsten Sitzung am 8. Juni auf keine Erhöhung der Förderquoten geeinigt.

EU: Griechenland-Hilfe

23.-24. Juni: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates werden Griechenland weitere Finanzhilfen von bis zu 120 Mrd. € zugesagt. Die Bewilligung dieser Mittel sowie die Freigabe einer weiteren Tranche des seit 2010 laufenden Hilfspaketes von 12 Mrd. € setzen voraus, dass das griechische Parlament am 29. Juni ein weiteres Sparprogramm für die nächsten vier Jahre im Ausmaß von 78 Mrd. € beschließt. Dieses sieht Erlöse aus Privatisierungen und den Verkauf von Immobilien von 50 Mrd. € sowie Ausgabensenkungen und Einnahmenerhöhungen von insgesamt 28 Mrd. € vor. Die zusätzlichen Mittel für Griechenland sollen aus öffentlichen und privaten Quellen finanziert werden. Angestrebt wird eine freiwillige Beteiligung des privaten Sektors in Form einer informellen freiwilligen Verlängerung der aktuellen Verbindlichkeiten Griechenlands bei Fälligkeit. Ein teilweiser Zahlungsausfall soll jedoch vermieden werden. Synergien zwischen dem Darlehensprogramm und den EU-Fonds sollen verstärkt werden, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Diese Mittel sollen

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(4), S. 317, <http://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/39163>.

gezielt für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Alle erforderlichen Beschlüsse sollen gefasst werden, um einen Beitrittsvertrag mit Kroatien noch vor Ende 2011 unterzeichnen zu können. Kroatien soll seine Reformanstrengungen in Bezug auf Rechtssystem und Grundrechte fortführen, um im Beitrittszeitpunkt alle Verpflichtungen als Mitglied uneingeschränkt erfüllen zu können.

Der Rat ernennt Mario Draghi mit Wirkung von 1. November 2011 für 8 Jahre zum Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Die EU-Strategie für den Donauraum wird gebilligt³⁾. In der Entwicklungshilfe wurde, wie der Jahresbericht zeigt, das gemeinsam festgelegte Zwischenziel einer Steigerung der nationalen Ausgaben auf 0,51% des BNE bis 2010 nicht erreicht. Der Rat ist entschlossen, die Zielquote von 0,7% des BIP bis 2015 zu erreichen.

24. Juni: Nach ersten Schätzungen der japanischen Regierung beträgt der durch das Erdbeben und den Tsunami vom 12. März 2011 verursachte Schaden 16.900 Mrd. Yen (140 Mrd. €). Mehr als 23.000 Menschen sind der Katastrophe zum Opfer gefallen. Der Rat für den Wiederaufbau nimmt für die Aufräumungsarbeiten einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren an.

25. Juni: Um dem Problem "Too big to fail" entgegenzuwirken, beschließt die Group of Central Bank Governors and Heads of Supervision der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dass künftig volkswirtschaftlich bedeutende Großbanken in allen Ländern zusätzliches Eigenkapital im Ausmaß von 1% bis 2,5% der risikogewichteten Aktiva bereitstellen müssen.

28. Juni: In Berlin findet die erste Regierungskonsultation zwischen China und Deutschland statt. Das Handelsvolumen soll in den nächsten fünf Jahren von derzeit 130 Mrd. € auf 200 Mrd. € erhöht werden. Die chinesische Delegation sagt Unterstützung bei der Bewältigung der Schuldenkrise in Europa zu.

Das neue Exekutivdirektorium des IWF bestellt die Französin Christine Lagarde zur Direktorin des Internationalen Währungsfonds. Sie folgt Dominique Strauss-Kahn nach, der im Mai 2011 zurückgetreten ist.

29. Juni: Das griechische Parlament stimmt mit 155 zu 138 Stimmen für ein weiteres bis 2015 ausgerichtetes Budgetkonsolidierungspaket im Ausmaß von 78 Mrd. € (Budgeteinsparungen 28 Mrd. €, Privatisierungserlöse 50 Mrd. €), das EU und IWF als Voraussetzung für weitere finanzielle Hilfeleistungen fordern. Im öffentlichen Dienst sollen bis 2015 2,175 Mrd. € eingespart werden, indem Stellen gestrichen werden und die Arbeitszeit von 37,5 auf 40 Wochenstunden verlängert wird. Im Sozial- und Gesundheitsbereich sollen bis 2015 4,5 Mrd. € eingespart werden. Über einen Solidaritätsbeitrag der öffentlich Bediensteten und der Freiberufler sollen noch 2011 400 Mio. € und kumuliert bis 2015 1,4 Mrd. € eingehoben werden. Konsequente Steuereintreibung und die Abschaffung von Ausnahmeregelungen sollen in den Jahren 2013/2015 3 Mrd. € erbringen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer für Gaststätten und Restaurants von 13% auf 23% soll 2011 Mehreinnahmen von 300 Mio. € und in den folgenden Jahren von 700 Mio. € bringen. Eine Erhöhung der Abgaben auf Erd- und Flüssiggas wird 2011 mit 250 Mio. € und in den folgenden Jahren mit zusätzlich 315 Mrd. € veranschlagt. Eine Steuererhöhung auf Fahrzeuge bringt noch 2011 zusätzliche Einnahmen von 100 Mio. €. Weitere 100 Mio. € sollen durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer eingehoben werden. Die Verteidigungsausgaben werden bis 2015 um 1,2 Mrd. € gekürzt.

Kroatien: EU-Beitritt

Europäische Zentralbank:
Präsident

Japan:
Katastrophenschaden

Bank für Zahlungsausgleich:
Eigenkapital

China-Deutschland:
Regierungskonsultation

IWF: Direktorin

Griechenland:
Budgetkonsolidierungspaket

³⁾ Um das Wirtschaftspotential des Donauraumes weiter auszubauen, beteiligen sich Deutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Österreich, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Moldawien und die Ukraine an einem Aktionsplan mit 4 Schwerpunkten: Anbindung des Donauraumes (z. B. Verbesserung der Mobilität, Förderung der Nutzung nachhaltiger Energieträger sowie Förderung von Kultur und Tourismus), Umweltschutz, Ausbau des Wohlstandes und Stärkung der Wirtschaft im Donauraum. Darüber hinaus werden zeitlich befristete Schwerpunkte festgelegt.

Griechenland:
Budgetkonsolidierungspaket

30. Juni: Das griechische Parlament beschließt die Umsetzungsrichtlinien des Budgetkonsolidierungspaketes mit 155 zu 136 Stimmen.

Deutschland: Atomgesetz

Der Deutsche Bundestag stimmt für das 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes und beschließt damit den stufenweisen Ausstieg aus der Kernkraftnutzung zur Energieerzeugung bis 2022.

Österreich

Nach dem Rücktritt von Josef Pröll als Vizekanzler und Finanzminister wird die Regierung umgebildet. Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz sichert nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen den kollektivvertraglichen Grundlohn. Mit dem bundesstaatlichen Finanzrahmen für die Jahre 2012/2015 werden die Ausgabenobergrenzen für die Rubriken festgelegt.

Regierungsumbildung

21. April: Michael Spindelegger ist neuer Vizekanzler, nachdem Josef Pröll aus gesundheitlichen Gründen als Vizekanzler und Finanzminister zurückgetreten ist. Maria Fekter wechselt vom Innenministerium ins Finanzministerium, ihr folgt Johanna Mikl-Leitner. Das Justizressort wird mit Beatrix Karl besetzt, Minister für Wissenschaft und Forschung wird Karlheinz Töchterle. Die Zuteilung der Staatssekretariate wird mit Wolfgang Waldner im Außenministerium und Sebastian Kurz als Staatssekretär für Integration im Innenministerium neu geregelt.

Lohn- und Sozialdumping-
Bekämpfungsgesetz

1. Mai: Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz (LSDB-G, BGBl. I Nr. 24/2011) tritt gleichzeitig mit dem Auslaufen der siebenjährigen Übergangsbestimmungen für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den 2004 der EU beigetretenen Ländern Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland und Litauen in Kraft. Das Gesetz stellt sicher, dass alle in Österreich beschäftigten Arbeitskräfte zumindest den kollektivvertraglichen Grundlohn erhalten. Zur Sicherstellung wird ein Kontrollsystem über die Träger der Krankenversicherungen aufgebaut. Verstöße können mit Strafen bis zu 50.000 € geahndet werden.

Bundesfinanzrahmengesetz

30. Mai: Das Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 (BFRG 2012-2015, BGBl. I Nr. 40/2011) legt die Obergrenzen der Ausgaben des Bundes in den Rubriken Recht und Sicherheit, Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, Bildung, Forschung, Kunst und Kultur, Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt sowie Kassa und Zinsen fest. In den Jahren 2012 bis 2015 sollen die Grenzen von 73.590,9 Mio. €, 73.212,9 Mio. €, 74.571,1 Mio. € bzw. 75.487,7 Mio. € nicht überschritten werden. Der in diesem Gesetz verankerte Personalplan definiert für die Jahre 2012 bis 2015 die höchstzulässige ausgabenwirksame Personalkapazität für die Ministerien und Institutionen des Bundes. Die Personalkapazitäten werden von 135.014 Bediensteten im Jahr 2012 schrittweise auf 133.565 Bedienstete im Jahr 2015 verringert. Der Bundesfinanzrahmen baut auf dem Konsolidierungs- und Offensivpaket der Bundesregierung auf und setzt den Konsolidierungskurs des Budgets 2011⁴⁾ sowie die Vorgaben des Stabilitätsprogrammes 2010-2014 um, indem die Ausgaben im Durchschnitt um nur 1,8% p. a. steigen. Das Defizit des Bundes wird schrittweise von 2,7% des BIP 2012 auf 1,6% des BIP 2015 gesenkt. Die Schuldenquote erreicht 2013 ihren Höchststand mit 75,5% des BIP und wird anschließend verringert; 2015 wird sie 74,4% des BIP betragen.

Kursgewinnsteuer

24. Juni: Der Verfassungsgerichtshof gibt einer Beschwerde von 14 österreichischen Banken zur Einhebung der seit Jahresbeginn geltenden Kursgewinnsteuer (Wertpapier-KESt) statt. Die Banken hätten ab 1. Oktober 2011 die KESt von 25% der Wertpapiergewinne einheben und abführen sollen. Der Verfassungsgerichtshof hebt den Einführungszeitpunkt, nicht jedoch die grundsätzliche Zulässigkeit dieser Steuer auf, da die erforderlichen Maßnahmen der Banken bis zum 1. Oktober 2011 nicht getroffen werden können. Eine Verlängerung der Frist zur Einführung ist daher notwendig. Bis dahin müssen die Erträge aus Wertpapiergeschäften weiterhin in der Steuererklärung angegeben werden. Nach einem Gutachten könnte die Einhebung durch die Banken ab 1. April 2012 erfolgen.

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2011, 84(1), S. 35, <http://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/41148>.